

1 **Antragssteller:** FDP Ortsverband Norderstedt

2
3
4 **Der Kreisparteitag der FDP Segeberg möge beschließen:**

5
6
7 **Soziale Sicherung aus einem Guss:**
8 **Sozialer Fortschritt mit Lohnuntergrenzen und Bürgergeld**

9
10
11 Der FDP-Kreisverband Segeberg spricht sich für die Einführung von
12 Lohnuntergrenzen und das Wiederaufgreifen des Konzeptes des Bürgergeldes aus.
13 Der FDP Kreisverband fordert den Landesverband, die Bundespartei sowie die
14 Landtags- und Bundestagsfraktion auf, sich zukünftig für ein Gesamtkonzept aus
15 Lohnuntergrenzen und Bürgergeld einzusetzen.

16
17 Die Landesfachausschüsse für Wirtschaft und Verkehrspolitik sowie
18 Gesellschaftspolitik werden im ersten Schritt gebeten, gemeinsam ein Konzept zu
19 erarbeiten und dem Landesparteitag als Beschlussvorschlag vorzulegen. In diesem
20 Zusammenhang sollten auch Anhörungen von Verbänden, Gewerkschaften,
21 Unternehmern etc. durchgeführt werden.

22
23 Dieser Beschlussvorschlag soll aus Sicht des FDP Kreisverbandes Segeberg
24 folgende Punkte beinhalten:

- 25
- 26 • Politisch festgelegte Mindestlöhne erteilen wir eine klare Absage!
 - 27 • Die Beibehaltung der Tarifautonomie, z.B. durch Einführung einer Kommission
28 nach britischen Vorbild (Low Pay Commission), ist ein hohes Gut, das es zu
29 verteidigen und auszubauen gilt!
 - 30 • Es ist sicherzustellen, dass dieses Gremium unabhängig von der Politik
31 agieren kann und seine Entscheidungen zu Lohnuntergrenzen verbindlich
32 sind und nicht von der Politik veränderbar!
 - 33 • Die im Koalitionsvertrag festgeschriebene Prüfung der Zusammenfassung von
34 Sozialleistungen und eines bedarfsorientierten Bürgergeldes wird umgehend
35 eingefordert!
- 36
37

38 **Begründung:**

39
40 „Unsere wirtschaftspolitische Leitlinie ist die Soziale Marktwirtschaft. Sie greift weit
41 über ökonomische Ziele hinaus, ist ein unverzichtbarer Teil einer freiheitlichen
42 offenen Gesellschaft. Wir Liberale achten, schützen und verteidigen die
43 Wirtschaftsordnung der Sozialen Marktwirtschaft mit aller Kraft. Das System der
44 Sozialen Marktwirtschaft hat nicht nur zu großem Wohlstand breiter

45 Bevölkerungsgruppen sondern auch zu einem einmaligen sozialen Frieden in der
46 Bundesrepublik Deutschland geführt. Die staatliche Ordnungspolitik setzt für die
47 Soziale Marktwirtschaft die Rahmenbedingungen. Deren oberstes Ziel muss sein,
48 dass Bürger und Unternehmen ihre produktiven Kräfte entfalten können. Dabei ist es
49 eine Daueraufgabe des Staates, diesen Ordnungsrahmen den gesellschaftlichen und
50 wirtschaftlichen Entwicklungen anzupassen und zu verbessern. Das freie
51 wirtschaftliche Handeln der Bürger ist die Grundlage der Sozialen Marktwirtschaft
52 und der Motor für Wachstum und Wohlstand.“¹

53

54 Ziel dieses Antrages ist es, dem oben beschriebenen Programmteil aus dem
55 Deutschlandprogramm 2009 gerecht zu werden. Die Rahmenbedingungen bzw. der
56 Ordnungsrahmen der sozialen Marktwirtschaft muss an die gesellschaftlichen und
57 wirtschaftlichen Entwicklungen angepasst und verbessert werden.

58

59 Wir Liberalen halten den Zustand, dass Menschen fünf Tage in der Woche je acht
60 Stunden arbeiten und nicht von ihrem Einkommen leben können, für völlig
61 inakzeptabel. Niedriglöhne führen langfristig zu weiteren finanziellen und
62 gesellschaftlichen Problemen, wie z.B. der Altersarmut. „Nach Zahlen der
63 Bundesagentur für Arbeit hat es 2010 in Deutschland rund 1,4 Millionen sogenannter
64 "Aufstocker" gegeben, also Berufstätige, die zusätzlich Hartz IV erhalten, weil ihr
65 Einkommen nicht zum Leben reicht. Das waren 4,4 Prozent mehr als 2009 und sogar
66 13 Prozent mehr als 2007.“² Dieser Entwicklung muss nun entgegengewirkt werden.
67 Wir setzen uns für faire Markt- und Wettbewerbsbedingungen ein. Deshalb dürften
68 manche Unternehmen auch nicht weiter darauf bauen können, dass der Staat
69 dauerhaft niedrigste Löhne subventioniert. Hierzu benötigen wir nun verbindliche
70 Lohnuntergrenzen.

71

72 Einen politisch festgelegten Mindestlohn erteilt der FDP Kreisverband Segeberg eine
73 klare Absage. Wir wollen plumpe populistische Forderungen vor Wahlen verhindern
74 und die Tarifautonomie in Deutschland nicht beschädigen. Hierzu gehört es dann
75 aber auch, dem angedachten Gremium das Vorschlagsrecht für die Höhe und
76 Gültigkeit von Lohnuntergrenzen zu überlassen. Wenn man die Tarifautonomie ernst
77 nimmt, sollten und dürften Politik und Politiker keine Vorschläge hierzu machen
78 dürfen, wie z.B. durch die Bundesministerin für Arbeit und Soziales, Frau von der
79 Leyen, geschehen. Wer sich dazu äußert, dass sich die Höhe der Lohnuntergrenzen
80 am Niveau der Zeitarbeit (7,79 € im Westen und 6,89 € im Osten) orientieren sollte,
81 hat das Prinzip der Tarifautonomie nicht verstanden! Aus Sicht der Liberalen ist
82 sicherzustellen, dass das Gremium unabhängig von der Politik agieren kann und
83 seine Entscheidungen zu Lohnuntergrenzen verbindlich sind und nicht von der Politik
84 veränderbar.

¹ FDP: Deutschlandprogramm 2009, das Bundestagswahlprogramm 2009, S. 6 f.

² Hamburger Abendblatt: Schleswig-Holsteins FDP wirbt für Lohnuntergrenzen vom 14.10.2011.

85 In der jetzigen politischen Diskussion ergibt sich für die Liberalen die Chance, die
86 Idee der Lohnuntergrenzen mit dem Konzept des FDP Bürgergeldes zu verbinden
87 und ein sozialpolitisches Gesamtpaket vorzulegen.

88

89 Im Koalitionsvertrag von CDU/CSU und FDP heißt es hierzu:

90

91 „Bürgergeld

92

93 Die Koalition nimmt sich vor, die vielfältigen und kaum noch überschaubaren
94 steuerfinanzierten Sozialleistungen darauf hin zu überprüfen, ob und in welchem
95 Umfang eine Zusammenfassung möglich ist. In diese Prüfung wird auch das Konzept
96 eines bedarfsorientierten Bürgergeldes einbezogen.“

97

98 Bis heute ist uns das angekündigte Prüfergebnis noch nicht bekannt. Es darf
99 angezweifelt werden, dass mit einer Prüfung schon begonnen wurde. Die Erfüllung
100 dieses vereinbarten Punktes sollte umgehend von uns Liberalen eingefordert
101 werden.

102

103 An der Begründung für das Bürgergeld hat sich in den letzten Jahren nichts
104 geändert. Hierzu ein Ausschnitt aus dem Deutschlandprogramm 2009:

105

106 „Bürgergeld – die Chancen auf Teilhabe jedes Einzelnen stärken. Das Bürgergeld
107 ermöglicht ein selbstbestimmtes Leben, fördert die Aufnahme einer eigenen Tätigkeit
108 und ist deshalb leistungsgerecht. Sozialleistungen, die sich aus Steuern finanzieren,
109 sollen möglichst vollständig in einer einzigen Transferleistung – dem Bürgergeld –
110 zusammengefasst werden. Damit ist das Bürgergeld einfach und transparent.

111

112 Im Bürgergeld werden das Arbeitslosengeld II einschließlich der Leistungen für
113 Wohnen und Heizung, das Sozialgeld, die Grundsicherung im Alter, die Sozialhilfe
114 (ohne Sozialhilfe in besonderen Lebenslagen), der Kinderzuschlag und das
115 Wohngeld zusammengefasst. Die Leistungen werden beim Bürgergeld grundsätzlich
116 pauschaliert gewährt und von einer einzigen Behörde, dem Finanzamt, verwaltet.

117

118 Das Bürgergeld sichert die Lebensgrundlage für Bürger, die nicht über ein
119 ausreichendes Einkommen verfügen. Durch die Zusammenfassung und
120 Pauschalierung von Leistungen und ihrer Verwaltung in einer Behörde werden
121 diejenigen vom Bürgergeld profitieren, die dies nach unserem Willen sollen: die
122 Bedürftigen, nicht die Findigen. [...]“³

123

124 Wir bitten um Zustimmung zu unserem Antrag.

125

³ FDP: Deutschlandprogramm 2009, das Bundestagswahlprogramm 2009, S. 9 f.